

NZZ am Sonntag

Deutschland

Maskenaffäre beschleunigt den Verlust des Vertrauens in Merkel

Jede Krise hat ihre Gewinner. Bei der Pandemie ist das nicht anders. Wo Solidarität und Zurückstecken eigener Interessen wünschenswert sind, sehen manche die Chance, Profit herauszuschlagen. Für privatwirtschaftliche Unternehmer ist das legitim, für Parlamentarier einer Regierungspartei wie CDU und CSU in Deutschland eine moralische Bankrotterklärung mit möglicherweise strafrechtlichen Folgen. Mindestens zwei Bundestagsabgeordnete sollen für Lobbydienste bei der Vermittlung von Gesichtsmasken jeweils mehrere hunderttausend Euro eingesteckt haben, wie diese Woche herauskam. Als «marktgerechte Kommission», wie sich einer der beiden Politiker verteidigte. Für Angela Merkel und ihre Regierung ist die Maskenaffäre ein Desaster. Sie beschleunigt den Verlust des Vertrauens der Deutschen in das stumpfsinnig gewordene Corona-Management. Denn was soll man halten von einer Regierung, die es nicht schafft, die Bevölkerung rasch zu impfen oder gar nur zu testen, und deren Vertreter hinter dem Rücken die Hand aufhalten für das Weiterempfehlen von Masken? Der Lobbykandal mag Wasser auf die Mühlen der «Querdenker» sein, die in den Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie eine Verschwörung der Regierenden sehen. Doch er stärkt allgemein das Gefühl von der Endzeit der Ära Merkel. *Markus Bernath*

Boni für Banker

Nestlé und Co. zeigen vor, wie man es macht

Die Hoffnung wurde enttäuscht. «Spitzengehälter der Banken geraten unter Druck», titelte eine Schweizer Tageszeitung vor einem Jahr. Wegen der Corona-Krise müssten die Boni sinken, lautete der Tenor. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Valentin Vogt, forderte «Feingefühl von Beteiligten». Diese Woche nun hat die Grossbank UBS als erste über den Bonustopf informiert. Dank gutem Geschäftsgang stiegen die variablen Vergütungen um 24 Prozent auf 3,3 Milliarden Dollar. CEO Sergio Ermotti verdiente in seinem Abschiedsjahr 13,3 Millionen Franken. Damit allerdings hat es die UBS verpasst, bei den Boni mehr Bescheidenheit zu pflegen – so wie dies in anderen Branchen inzwischen üblich ist. Nestlé, Novartis und Roche zum Beispiel erzielen deutlich höhere Gewinne. Ebenso sind ihre Aktionäre in den letzten Jahren viel besser gefahren. Während die UBS einen Börsenwert von 50 Milliarden Franken erreicht, bringen Nestlé und Co. das Vier- bis Fünffache auf die Waage. Trotzdem agieren sie bei den Boni mit viel mehr Zurückhaltung. Zwar sind die Banken gut durch die Corona-Krise gekommen. Solange sie aber ihr Lohnsystem nicht korrigieren, werden sie weiterhin unter einem Imageproblem leiden. *Albert Steck*

Shopping

Läden sind nicht tot

Corona werde dem klassischen Detailhandel den Gnadenstoss versetzen. Dieses Mantra hört man jetzt seit einem Jahr. Tatsächlich mussten die Ladenbesitzer unten durch, während Onlinehändler schwindelerregende Zahlen vermelden konnten. Doch die Realität ist dann doch ein wenig komplexer. Digitec-Galaxus, der grösste Schweizer Onlineshop, schrieb 2020 trotz Umsatzzuwachs von 60 Prozent noch immer keinen Gewinn. Gleichzeitig merkten die Konsumenten im Lockdown, dass ihnen das Shopperlebnis fehlt: Anfassen, Probieren und Nachfragen fühlt sich eben doch besser an als Anklicken und mit einem Bot zu chatten. Kein Wunder, zog es sie diese Woche in Scharen zurück in die Läden. *Moritz Kaufmann*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Nötig ist ein gewichtetes Stimmrecht für Junge – und Alte

Statt die Jungen ab 16 Jahren voll abstimmen zu lassen, könnte man ihnen nur eine halbe Stimme geben. Im Gegenzug müsste man aber die Stimmkraft der Alten beschneiden, meint Bruno S. Frey

In der Schweiz ist in jüngster Zeit eine hitzige Debatte über das Stimmrecht für 16-Jährige entbrannt. In den beiden Kammern des Parlamentes ist bereits verschiedentlich darüber abgestimmt worden, derzeit wird ein entsprechender Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt. Die derzeitige Debatte könnte allerdings auch Anlass sein, das individuelle Stimmgewicht von 100 Prozent zu hinterfragen. Statt nur zwischen einem vollen oder gar keinem Stimmrecht abzuwägen, sollten auch Zwischenlösungen betrachtet werden. Diejenigen, die ein Stimmrecht ab 16 Jahren befürworten, weisen darauf hin, dass die Jugendlichen von den politischen Entscheidungen betroffen sind und deshalb mitentscheiden können sollten. Dies entspricht einem alten Grundsatz der Demokratie. Die jungen Menschen haben noch einen grossen Teil ihres Lebens vor sich, welches stark von den getroffenen politischen Entscheidungen beeinflusst sein wird.

Die Gegner des Stimmrechtsalters 16 argumentieren damit, die Jugendlichen seien in diesem Alter (und einige Jahre darüber hinaus) noch im physiologischen Wachstum, ihr Gehirn noch nicht voll entwickelt. Die Teenager könnten darum die Argumente für und wider eine politische Entscheidung und deren Folgen nur unvollkommen nachvollziehen. Jugendliche unter 18 Jahren dürften ja darum auch nicht heiraten, Verträge gültig abschliessen und seien durch das Jugendstrafrecht geschützt, gerade weil man sie rechtlich als nicht vollständig urteilsfähig ansehe.

Diese gegensätzlichen Ansichten lassen sich durch eine einfache Lösung einander annähern: Jeder und jede Jugendliche ab 16 Jahren soll ein Stimmgewicht von 50 Prozent erhalten. Wenn somit eine junge Person in diesem Alter ihre Stimme abgibt, zählt sie nur halb so viel wie die Stimme eines Erwachsenen. Im digitalen Zeitalter lässt sich eine solche Gewichtung spielend

einführen. Diese mittlere Lösung entspricht einem typisch schweizerischen Ausgleich. Gegenüber dem heutigen Zustand hat der Vorschlag den grossen Vorteil, dass die Jugendlichen am politischen Prozess teilnehmen können, wodurch sie einen Anreiz erhalten, sich zu informieren und eine eigene Meinung zu bilden.

Es gäbe sogar eine noch raffiniertere Lösung, um die künftige Stimmkraft der Jugendlichen zu ermitteln: Man könnte sie vom Grad der Zustimmung zu einem tieferen Stimmrechtsalter abhängig machen. Würde die Vorlage mit 55 Prozent Ja-Stimmen angenommen, hätten die jungen Stimmen künftig eine Stimmkraft von 55 Prozent. Ginge die Abstimmung hingegen mit 70 Prozent Zustimmung aus, hätte ihre Stimme künftig ein Gewicht von 70 Prozent. Kurz: Das Ausmass der Mitbestimmung hinge vom Ausmass der Zustimmung dazu ab.

Und was ist mit den Alten? Bestimmen sie nicht ungebührlich unsere Politik, besonders

weil ihr Anteil an der Bevölkerung dauernd ansteigt? Heute hat jeder Senior und jede Seniorin in der Politik ein Stimmengewicht von 100 Prozent. In anderen Bereichen der Gesellschaft, zum Beispiel bei der Arbeit jenseits des Pensionsalters von 65, wird ihre Beteiligung hingegen massiv eingeschränkt. In manchen staatlichen und privaten Kommissionen und Räten gilt ein Maximalalter von 80 oder gar 70 Jahren. Gibt es allenfalls auch Gründe dafür, ihr Stimmgewicht im Alter einzuschränken?

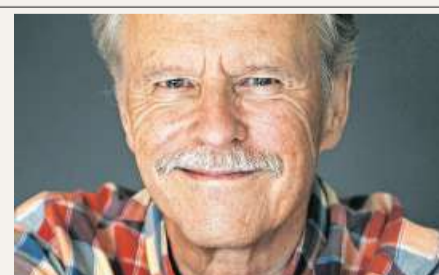
Ein Argument dafür könnte lauten: Die politischen Entscheidungen von heute gestalten entscheidend die Zukunft, von der die Seniorinnen und Senioren aber in viel geringerem Ausmass betroffen sind als die Jüngeren. Sie sollten deshalb die Volksabstimmungen nicht dominieren können.

Gibt es Gegenargumente? Ja. Gerade weil die Alten von den Entscheidungen an der Urne in geringerem Ausmass betroffen sind, verleiht ihnen das eine gewisse Unabhängigkeit. Sie geben ihre Stimme möglicherweise sogar eher als die Jungen jenseits von Partikularinteressen ab und nicht nur aufgrund eigennütziger und kurzfristiger Vorteile. Der typische schweizerische Ausgleich bestände hier zum Beispiel darin, den über 80-Jährigen ein Stimmgewicht von 50 Prozent, den über 100-Jährigen von 20 Prozent einzuräumen. Diese Gewichtung könnte ebenfalls vom Grad der Zustimmung abhängig gemacht werden.

Handelt es sich hierbei um eine Benachteiligung der Alten? Ist die bisherige Regelung des Wahlrechts ab 18 Jahren umgekehrt eine Benachteiligung der Jungen? Unser Vorschlag wäre eine gut schweizerische Lösung, eine Alternative zwischen den Optionen «ganz» oder «gar nicht».

Der hier unterbreitete Vorschlag ist zwar ungewöhnlich und könnte sogar als revolutionär angesehen werden. Angesichts der grossen Stabilität unserer politischen Institutionen kann aber durchaus etwas Neues unternommen werden.

Bruno S. Frey



Bruno S. Frey, 79, ist Forschungsdirektor bei CREMA, dem Center for Research in Economics, Management and the Arts in Zürich. Zudem ist er ständiger Gastprofessor an der Universität Basel. Bis zu seiner Emeritierung lehrte Frey als Ökonomieprofessor an der Universität Zürich. Er forscht über Politische Ökonomie und Glück.